

Sozial gerechte Steuern und Abgaben zur Budgetkonsolidierung, politische Position der SPÖ



www.spoe.at

Vorgehen nach dem Verursacherprinzip und nach Maßstäben der Gerechtigkeit (Wirtschaftskrise wurde durch Finanzmärkte ausgelöst, Bankensektor wurde von Steuerzahlern bereits gerettet).

Zusätzliche Belastungen des Mittelstandes und sozial Schwächerer, um die Kosten der Wirtschaftskrise zu tragen, müssen vermieden werden.

Die Kaufkraft der Bevölkerung, der stabilisierende Faktor in der Krise, soll nicht durch unsoziale und ungerechte Massensteuern geschwächt werden.

Einnahme, Vorschlag	pro Jahr, Schätzung
Banken-Solidarabgabe	mind. 500 Mio. €
Finanztransaktionssteuer	500 Mio. € bis 1,5 Mrd. €
(alternativ: Börsenumsatzsteuer Österreich)	350 Mio. €)
Finanzvermögenszuwachssteuer (Spekulationsfristen streichen, Steuerschlupflöcher stopfen)	200 bis 500 Mio. €
Reform der Stiftungsbesteuerung	200 bis 400 Mio. €
Managergagen, Absetzbarkeit nur bis 500.000 €	30 Mio. €

Weitere Möglichkeiten im Unternehmens- und Finanzsektor:

Reform der Gruppenbesteuerung	100 bis 150 Mio. €
Verhindern von Steuerhinterziehung bei Finanzgeschäften	mehrere hundert Mio. €

Rückfragehinweis: SPÖ-Kommunikation, Nedeljko Bilalic, 0664 – 884 55 330, nedeljko.bilalic@spoe.at